

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.  
Humorist. Blätter) in der  
Expedition, bei unsern Vo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

**Nr. 150.**

34. Jahrgang.

Dienstag, den 20. Dezember

1887.

In Gemäßheit der Verordnung des königlichen Ministeriums des Innern vom 5. December 1878 werden die Herren Bürgermeister zu Johannegeorgenstadt, Grünhain und Aue, sowie die Herren Gemeindevorstände im Bezirke der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft veranlaßt, das ihnen in den abgedruckten Anleitung und der in einem Druckexemplare ihnen gleichfalls zugehenden Verordnung vom 5. December 1878 unter Zuziehung von Orts- und Landwirthschaftskundigen auszufüllen, das ausgefüllte, gehörig vollzogene Erhebungsformular aber in einem Exemplare unerinnert bis spätestens

den 15. Februar 1888

anher einzureichen und das zweite Exemplar des ausgefüllten Formulars zu den Gemeindeacten zu nehmen.

Schwarzenberg, am 14. December 1887.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
Führ. v. Wirring.

St.

### Die neue Wehrvorlage im Reichstag.

Die Reichstags-Sitzung vom Freitag bot ein erhebendes Bild dar. In den vorangegangenen Tagen hatten die Debatten über die landwirthschaftl. Zölle zuweilen einen heftigen Charakter angenommen, die nachte Prosa des Selbstinteresses drückte den Verhandlungen, wie es ja nicht anders sein konnte, ihren Stempel auf. Am Freitag dagegen erhob sich der Reichstag zu einer feierlichen nationalen Kundgebung: Die Redner aller Parteien — ausgenommen leider Herrn Vebel von den Sozialdemokraten — drückten ihre Uebereinstimmung mit der, der neuen Wehrvorlage zu Grunde liegenden Idee aus.

Ernst und kraftbewußt waren die Worte, mit welcher der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf die Berathung einleitete. Er knüpfte an die Thronrede an, wies auf die notorische und stets bewährte Friedensliebe des Kaisers wie des ganzen deutschen Volkes hin und betonte die Nothwendigkeit, daß Deutschland ein gefürchteter Feind und ein begehrter Verbündeter bleibe; dazu solle die Vorlage das ihrige beitragen.

Daß der 16. December ein für das deutsche Volksebewußtsein glücklicher Tag sei, als der 14. Januar d. J., zeigten die nun folgenden Redner. Die Abg. v. Bennigsen (nationalliberal), Richter (deutschfreisinnig), v. Waltzahn-Gültz (deutschkonservativ), Windthorst (Zentrum) und Graf Behr-Behrenhof (freikonservativ) sprachen für die Vorlage; selbst der Welfe Langwert v. Simmern erklärte, daß er derselben sympathisch gegenüberstehe. Nur der Führer der Sozialdemokratie, Vebel, sprach sich dagegen aus und erklärte — was vorauszusehen war — daß er und seine Parteigenossen gegen den Entwurf stimmen würden.

Aufgabe der Kommission wird es nun sein, den Versuch zu machen, noch einige Härten des Entwurfs zu mildern, wenn sich dies erreichen läßt, ohne den Gesamtwort zu gefährden. Hatte doch die erste Berathung den erfreulichen Beweis geliefert, daß alle Parteien gewillt sind, alle Opfer zur Verfügung bereit zu halten, welche des großen deutschen Vaterlandes Ehre und Sicherheit erfordern. Die allgemeine Wehrpflicht erhält durch Annahme der Vorlage eine Ausdehnung, die sich bisher noch nie als nöthig erwiesen hatte, es aber jetzt wird, wenn Deutschland seiner Mission, den Friedenswächter in Europa zu machen, gewachsen bleiben will. In diesem Sinne wird der vorliegende Entwurf von allen Parteien ausnahmslos aufgefah.

Nicht nur nach dem Grundsatz: „Wer den Frieden will, sei zum Kriege gerüstet,“ bildet die Reichstags-Sitzung vom Freitag eine großartige Friedenskundgebung. Sie ist eine solche auch in noch anderem Sinne. Bei den mannigfachen Anpassungen, die sich Deutschland von Osten und Westen her gefallen lassen mußte, bildet die Spekulation auf die Parteizerrissenheit des deutschen Volkes einen bedeutsamen Hebel. Nach der Freitagssitzung des Reichstages wird man aber hoffentlich im Auslande begreifen, daß jene Spekulation eine total verfehlt ist; man wird einsehen, daß die Deutschen unter einander in Fader gerathen können über die Frage, ob das konservative oder das liberale Regiment das wünschenswerthere sei, ob Schutzzoll- oder Freihandelspolitik die Industrie und die gesammte Volkswohlfahrt besser fördere, ob das Maß der der katholischen Kirche zugestandenen Rechte zu groß oder zu gering sei — daß aber alle diese schwerwiegenden Fragen sofort vertagt werden, wenn es sich um die Ehre und Sicherheit des großen Vaterlandes nach außen hin handelt.

Es wurde von allen Seiten anerkannt, daß der Entwurf mit verhältnismäßig geringen neuen Anforderungen im Frieden eine sehr bedeutende Verstärkung unserer Wehrkraft für den Kriegsfall herbeizuführen geeignet ist. Die äußerste Anspannung der Volkskraft, die den Grundzug der Vorlage bildet, tritt nur in dem Falle des größten Ernstes, der schwersten Bedrohung des Vaterlandes ein, und wer könnte für solche Fälle, vor denen uns Gott bewahren möge, sich der Aufbietung der gesammten Wehrkraft der Nation widersetzen!

Auch in den fortschrittlichen Blättern kommt meistens die volle Würdigung des Ernstes der Weltlage zum Ausdruck, welcher uns die patriotische Pflicht auferlegt, auf alle Wendungen vorzubereiten. Die „Danziger Ztg.“, die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ und andere deutschfreisinnige Blätter erkennen die Grundzüge des neuen Gesetzentwurfs als gerechtfertigt und nothwendig an. „Kein Mensch“, sagt das letztere Blatt, „verschließt sich dem Eindruck der schweren volkwirthschaftlichen Belastung, welche die Vorlage mit sich bringt, aber es giebt keine Möglichkeit, sie abzulehnen. Was über die Bedenken hinweghilft, ist einmal die Erwägung, daß eine finanzielle Belastung so gut wie ganz vermieden wird, und die zweite Erwägung, daß die schweren persönlichen Opfer doch nur beim Ausbruch eines Krieges, also in einer Zeit verlangt werden, wo das Vaterland ein Recht auf die höchste Kraftanspannung jedes Einzelnen hat.“

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Ueber das Befinden des Kronprinzen theilt man aus San Remo vom 17. d. Folgendes mit: „Heute früh vor 9 Uhr waren die Aerzte Madenzie, Schrader, Krause und Howell eine halbe Stunde in der Villa Jirio. Es wurde festgestellt, daß das Allgemeinbefinden des Kronprinzen, wie auch der örtliche Zustand des Kronprinzen durchaus befriedigend sind. Madenzie ist zufrieden und vertrauensvoll überzeugt, daß seine längere Anwesenheit nutzlos sei. Die neue erbsengroße Wucherung befindet sich auf dem linken Stimmbande, dem Taschenbande, welches auch leicht geschwollen ist. Sie hat auch ebenfowenig zweifelhafte Krebskennzeichen, wie die frühere Wucherung, welche Madenzie niemals kategorisch für Krebs erklärt hat. Die erfolgte Bernarbung jener Wucherung, welche bei einem Krebsgebilde als Unicum dastände, läßt eher einen günstigeren Krankheitscharakter vermuten, doch wagt noch Niemand einen zweifellosen Ausspruch.“

— Der Bundesrath hat in seiner letzten Plenarsitzung auch die Vorlage betreffs der Verlängerung des Sozialistengesetzes nach den Ausschlußanträgen angenommen. Es handelt sich jedoch nicht bloß um die Verlängerung, sondern auch um die Verschärfung des genannten Gesetzes. Die Verlängerung wird auf 5 Jahre beantragt. Die Verschärfung besteht, wie man aus Abgeordnetenkreisen erfährt, in der Einführung der Maßregel, daß unter gewissen Umständen nicht bloß Ausweisung aus einem bestimmten Orte, sondern Expatrirung der Betreffenden, also Verlust des deutschen Staatsbürgerrechtes eintreten soll. Sie soll stattfinden können, sobald Verurtheilungen wegen bestimmter im Gesetz aufgeführten Uebertretungen des Sozialistengesetzes gegen den Betreffenden vorliegen. Die Verschärfung ist demnach eine tief einschneidende. Man will wissen, daß, falls der Gesetzentwurf vom Reichstage ange-

nommen würde, auf Grund desselben eine große Anzahl der sozialdemokratischen Führer, die jetzt dem Reichstage angehören, der Landesverweisung alsbald verfallen würden.

— Der Artikel des „Russischen Invaliden“, als dessen Verfasser General Krapotinski gilt, hat nicht nur in Wien und Pest, sondern auch in Berlin sehr arg verstimmt. Mit besonderer Schärfe spricht sich die „Kreuz-Ztg.“ gegen die Darlegung des „Russ. Inval.“ aus. Das Blatt äußert sich u. a. wie folgt: Abgesehen davon, daß die Zahlen theilweise gänzlich falsch, theilweise übertrieben sind, genügt ein Blick auf die Dislokations-Karten der drei Nachbarländer Rußland, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, um zu erkennen, daß die zahlreichen mobilen Kavallerie-Divisionen, welche Rußland bereits früher an seiner Westgrenze aufgestellt hatte, ohnehin ein solches Uebergewicht über alle Grenztruppen der Nachbarländer bildeten, daß es wirklich naiv ist, eine Verstärkung derselben als „Nothmaßregel“ gegen drohende Angriffe hinstellen zu wollen. Diese Ausrüstung erinnert ebenso an den Wolf, dem das Lamm das Wasser trüben soll, wie die Findeutung des „Invaliden“ auf die Verstärkungen an den Festungen in Preußen und Galizien. Diese Anlagen sind wahre Zwerggestalten gegen die mit hastigem Eifer betriebenen Bauten an der Westgrenze Rußlands. Eben so wenig stichhaltig sind die Vergleiche der russischen und deutschen Bahnbauten der letzten Jahre; während ersteres Centralbahnen fertig gestellt hat, die vom Osten zum Westen des Reiches führen, jetzt mit Eisen an einer großartigen Querbahn, die von der Ostsee fast zum Schwarzen Meere hinabführt, ferner an der doppelten Geleiselegung längerer Strecken und endlich an der Westgrenze an den Bau einer großen Anzahl rein strategischer Bahnen mit wahren Fieberreisen gebaut hat, sind die deutschen Neubauten im Großen und Ganzen nur Abkürzungen verschiedener Umwege und Verbesserungen bereits vorhandener Linien, deren Berechnung seitens des „Russischen Invaliden“ auf 9300 Kilometer Länge wohl nur durch eine zu viel gedruckte Null entstanden sein kann. Das Blatt schließt mit einer ernstlichen Mahnung an Rußland, zu bedenken, wie die Lage eine so gespannte ist, daß ein Steinchen die Lawine ins Rollen bringen und Kräfte entfesseln könnte, die ihm vielleicht über den Kopf wachsen möchten. Der telegraphisch gemeldete Artikel des „Journal de St. Petersburg“, über welchen wir unter „Rußland“ berichten, erscheint der „N. Br. Ztg.“ nicht gerade geeignet, die Hoffnung zu beleben, daß Rußland vor der Fribolität Halt machen wird, einen Krieg heraufzubeschwören.

— Rußland. Das Organ des Herrn von Siers, das „Journal de St. Petersburg“, versucht heute die Gedanken, welche in dem Artikel des „Russ. Inval.“ zum Ausdruck kamen, in ihrer Schärfe ein wenig abzumildern. Es heißt in dem offiziellen Blatte: „Jeder unparteiische Richter wird zugeben, daß es nicht Rußland ist, dem die Verantwortlichkeit für die beständige Vermehrung des Friedensstandes der Armeen zufällt; allerdings bezeichnen die im Centrum Europas als Friedensliga vereinigten Mächte als den ausschließlichen Zweck ihrer Allianzen wie ihrer Rüstungen die friedliche Aufrechterhaltung des Status quo auf Grund der bestehenden Verträge. Wenn dem wirklich so ist, so schließt sich Rußland dieser Friedensgarantie nur an, indem es an seinen Grenzen die nothwendigen Defensivmaßregeln trifft, um ein Gleichgewicht der Streitkräfte zu bewahren. Es bleibt nur